

Rezensionsartikel

Aram Ziai

Kultur und Macht zwischen Nord und Süd: Postkoloniale Ansätze in den Internationalen Beziehungen

Chowdhry, Geeta; Nair, Sheila (Hg.): *Power, Postcolonialism and International Relations. Reading Race, Gender and Class*. London: Routledge 2004, 240 Seiten

Gruffydd Jones, Branwen (Hg.): *Decolonizing International Relations*. Lanham: Rowman & Littlefield 2006, xii + 275 Seiten

Ling, L.H.M.: *Postcolonial International Relations. Conquest and Desire between Asia and the West*. Houndmills: Palgrave 2002, 271 Seiten

Dass nicht nur im Bereich der Politischen Ökonomie, sondern auch in jenem der Kultur die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie von Machtverhältnissen geprägt sind, ist eine zentrale These der sog. *postcolonial studies*. Mit diesem Begriff sind Studien bezeichnet, die die Epoche des Kolonialismus und Prozesse der Kolonisierung sowie die Frage nach ihren Auswirkungen auch nach der formellen Dekolonisierung als zentralen Ausgangspunkt betrachten. Oft steht dabei im Vordergrund, wie im Kontext der Nord-Süd-Beziehungen in kolonialen Diskursen Herrschaftswissen produziert, andere Formen von Wissen ausgeschlossen und Identitäten konstruiert werden – die Identität des Westens als fortschrittlich und zivilisiert ist auf die Konstruktion des Anderen als rückständig und barbarisch angewiesen. Im Gegensatz zur bisweilen auftauchenden Unterstellung, allein durch die Vorsilbe würden postkoloniale Ansätze die Epoche des Kolonialismus als abgeschlossen darstellen und so bereits implizit ein bestimmtes Weltbild propagieren, geht es ihnen gerade um die Unabgeschlossenheit dieser Epoche und die prägenden Wirkungen von Kolonisierungsprozessen, die diese auch heute noch entfalten.

Die in den 1990er Jahren intensiver gewordene Debatte um Postkolonialismus in der angelsächsischen Welt¹ ist mittlerweile auch hierzulande rezipiert worden, sowohl einführende als auch weiterführende, deutschsprachige Darstellungen liegen inzwischen vor (Castro Varela & Dhawan 2005; Conrad & Shanderia 2002; Steyerl & Gutiérrez Rodríguez 2003). Während sich die Rezeption allerdings

weitestgehend auf Literatur- und Kulturwissenschaften, Geschichte und (allenfalls) Soziologie beschränkt, sind in der internationalen Diskussion in den letzten Jahren einige Bücher aufgetaucht, die versuchen, postkoloniale Ansätze mit der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB) zu verbinden: entweder erstere für letztere fruchtbar zu machen oder letztere aus der Perspektive ersterer zu betrachten. Drei dieser Bücher sollen an dieser Stelle besprochen werden: *Postcolonial International Relations* von L.H.M. Ling sowie die Sammelbände *Power, Postcolonialism and International Relations*, herausgegeben von Geeta Chowdhry und Sheila Nair, sowie *Decolonizing International Relations*, herausgegeben von Branwen Gruffydd Jones.

Ausgangspunkt für *Geeta Chowdhry* und *Sheila Nair* ist die Unzufriedenheit mit der Disziplin der IB hinsichtlich einerseits der „Kulturpolitik der kolonialen Vergangenheit und postkolonialen Gegenwart“ und andererseits der „Schnittstellen von Rasse, Klasse und Geschlechterverhältnissen in der Konstruktion von Machtasymmetrien“ (2). Diese Mängel konstatieren sie primär in Bezug auf die vorherrschenden neo-realistischen und liberal-institutionalistischen Ansätze, vermischen aber auch bei den kritischen (gramscianischen, feministischen und postmodernen) Theorien der IB eine systematische Betrachtung dieser Aspekte. Die in ihrem Band versammelten Beiträge sollen demnach diese Themen in den Vordergrund stellen und dabei – um dem Vorwurf des Kulturalismus den Wind aus den Segeln zu nehmen – die „Politik der Repräsentation“ mit der „Politischen Ökonomie der Arbeit“ bzw. der internationalen Arbeitsteilung zwischen Zentrum und Peripherie in Beziehung setzen (23).

Dem Beitrag von *Siba Grovogui* gelingt letzteres nur ansatzweise. Er verteidigt postkoloniale Kritik gegen die Vorwürfe, die Methode einer „reverse ethnography“, die Europa ethnographisch betrachten und im welthistorischen Kontext „provinzialisieren“ soll (vgl. Chakrabarty 2002), behindere interkulturellen Dialog und die Suche nach universellen Werten und sei nicht wissenschaftlich fundiert. Am Beispiel der Auseinandersetzungen zwischen (auch linken) PolitikerInnen Frankreichs und den RepräsentantInnen des *Rassemblement Democratique Africain* (RDA) in der unmittelbaren Nachkriegszeit über angemessene und nicht angemessene Formen der Kommunikation zwischen Nord und Süd (speziell den Vorwurf des zynischen Umgangs mit den Idealen der Französischen Revolution auf afrikanischer Seite) versucht er zu zeigen, dass diese letztlich der Ablenkung von inhaltlichen Fragen, der Delegitimierung antikolonialer AktivistInnen und der Unterdrückung entsprechender kritischer Fragen dienen. Die Analogie zu den heutigen KritikerInnen postkolonialer Methoden ist allerdings kaum überzeugend.

Randolph Persaud gelingt es besser, Repräsentationen und Produktionsverhältnisse als sich wechselseitig konstituierend zu analysieren. Seine Untersuchung

von Fordismus, Zuwanderung, Rassismus und der Konstruktion von Sicherheit und nationaler Identität in den USA beleuchtet nicht nur die Zusammenhänge zwischen diesen Phänomenen, sondern erklärt auch (z.T. unter Rückgriff auf Darby & Paolini 1994), warum „Rasse“ in den vorherrschenden Paradigmen der IB nur sehr selten betrachtet wurde: Voraussetzung für die Existenz inter-nationaler Beziehungen war die Existenz der Grundeinheiten des internationalen Systems: der Staaten. Imperiale Beziehungen europäischer Staaten zu „unzivilisierten Stämmen“ oder Kolonien wurden daher nicht unbedingt als internationale Beziehungen begriffen, als relevanter Gegenstandsbereich galten in erster Linie die Beziehungen zwischen den „Großmächten“. Die nationale Identität dieser Einheiten und ihrer BürgerInnen wurde dabei als unproblematisch und essentialistisch angenommen, interne Differenzierungen und mit der Konstruktion und Hegemonialisierung von Identitäten zusammenhängende Konflikte wurden aufgrund der vorherrschenden Ontologie nicht wahrgenommen.

Der Beitrag von *J. Marshall Beier* beschäftigt sich näher mit der Ontologie der orthodoxen IB. Er argumentiert, dass die Reiseberichte der frühen Neuzeit über die Begegnungen europäischer Eroberer und SiedlerInnen mit Indigenen in Amerika die Vertragstheorien der Aufklärung geprägt und indirekt auch die Grundannahmen der IB beeinflusst hätten. Im Rahmen einer vergeschlechtlichten Dichotomie zwischen Natur und Kultur/Zivilisation wurde der „Naturzustand“ der Indigenen als Hobbes'scher Krieg Aller gegen Alle konstruiert, was nicht nur koloniale Unterwerfung als zivilisatorische Mission rechtfertigt, sondern den Leviathan als einzig mögliches Ordnungsprinzip menschlicher Gesellschaft darstellt. Beier zeichnet nach, wie durch die Privilegierung dieser Reiseberichte, die Nichtanerkennung indigener Quellen (v.a. mündliche Überlieferungen), eine bestimmte Deutung archäologischer Funde und die Nichtberücksichtigung europäischer Einflüsse nicht-hierarchische politische Strukturen, solidarische Ökonomien, holistische Weltbilder und friedliche Außenbeziehungen indigener Gemeinschaften, z.B. der Lakota, Cherokee oder Yanomami, ausgeschlossen wurden. Die Auswirkungen dieser kolonialen Wissenspraktiken sind auch heute noch anzutreffen, wenn in den orthodoxen IB erstens Staaten als einzig relevante Akteure konzipiert, zweitens Anarchie auf internationaler Ebene automatisch als zu einem Sicherheitsdilemma führend angesehen und drittens gleichzeitig aggressives und egoistisches Verhalten als natürlich und unvermeidbar legitimiert werden.

L.H.M. Ling ist im Band ebenfalls mit einem Beitrag vertreten, in dem sie die Asienkrise 1997/98 und die Rolle „des Westens“ in der darauf folgenden Reformphase untersucht. Im Anschluss an Homi Bhabha (1994) greift sie das Konzept der „mimicry“ auf und behauptet, dass der Westen im Rahmen der Krise auf den Übergang einiger asiatischer Gesellschaften von der formalen zur substanziellen Mimikry (erfolgreiche Nachahmung kapitalistischer Entwicklungsprozesse durch einen

„hypermaskulinisierten“ Staat und ein konfuzianisch-liberales Hybridmodell) mit dem Rückgriff auf koloniale Stereotypen reagiert und eine (Hyper-)Feminisierung der Gesellschaften bewirkt hätte. *Anna Agathangelou* demaskiert die gängigen geschlechtsneutralen Darstellungen der globalen politischen Ökonomie durch ihre Skizze der Zusammenhänge von Migration, Frauenhandel, Prostitution, Hausarbeit und den darauf aufbauenden „Ökonomien des Begehrens“. Sie zeigt auf, dass die entsprechenden Globalisierungs- bzw. Transnationalisierungsprozesse dieser Ökonomien in Griechenland, Zypern und der Türkei auf sexistische und rassistische Konzepte und Praktiken sowie auf eine Rekolonisierung und teilweise Kriminalisierung von Arbeitskraft v.a. im reproduktiven Bereich angewiesen sind.

Der Aufsatz von *Sankaran Krishna* über einen Cricketspieler aus Guyana illustriert in origineller Weise, dass gesellschaftliche Identitätskonstruktionen von sportlichem Erfolg abhängen können – erst seine erfolgreichen Schläge überzeugten Guyaner afrikanischer Herkunft, dass der Cricketspieler trotz seiner indischen Wurzeln „einer von ihnen“ war. Die Verbindungen zwischen Politik der Repräsentation und Politischer Ökonomie bleiben hier jedoch unterbelichtet. Ähnliches gilt für die Beiträge von *Shampa Biwas und Dibyesh Anand*. *Biwas* hinterfragt die Zuordnung religiöser Phänomene in der Dichotomie Tradition vs. Moderne und stellt die eurozentrischen modernisierungstheoretischen Annahmen vieler Abhandlungen zu Religion und Säkularismus dar. U.a. an der Diskussion um Salman Rushdies „Satanische Verse“ in der britischen Medienöffentlichkeit illustriert er die Grenzen des Diskursrahmens „Westlicher Säkularismus vs. Orientalischer Fundamentalismus“: In der Abgrenzung von letzterem tauchte oftmals eine eindeutig als christlich empfundene Identität Großbritanniens auf. Ein ähnliches Phänomen ist hierzulande beim „Kopftuchstreit“ zu beobachten. Doch auch das säkulare Selbstverständnis Indiens kann der Diskursrahmen nicht erfassen. *Anand* führt den Konflikt zwischen Tibet und China auf die Universalisierung europäischer Souveränitätsvorstellungen zurück und argumentiert, dass eine tibetische nationale Identität sich erst transnational – durch Exilgruppen und internationale Unterstützung – herausbildete.

Geeta Chowdhry wird den von ihr gestellten Ansprüchen besser gerecht. Ihre These ist, dass in den Debatten über Kinderarbeit sowohl die universalistischen als auch die kulturrelativistischen Menschenrechtsdiskurse von den Machtverhältnissen des globalen Kapitalismus ebenso wie von kulturalistischen Argumenten geprägt sind. Sie weist die legitimierende Rolle universalistischer Menschenrechtsdiskurse für die kolonialen Eroberungen Europas nach: „Unmenschliche“ Praktiken anderer Kulturen dienten als Vorwand für die *mission civilisatrice*, die wiederum eng mit Kapitalinteressen verflochten war. An dieser instrumentellen Verknüpfung habe sich nicht viel geändert. Die relativistischen Diskurse wiesen im Gegenzug zwar dankenswerterweise auf eurozentrische Implikationen der Uni-

versalismus-Position hin, gingen dabei aber von einem unterschiedlichen Menschenrechtsverständnis in verschiedenen Kulturen aus, was Chowdhry als kulturalistisch empfindet. Die Frage, ob das eine Argument nicht das andere bedingt, stellt sie nicht. Darüber hinaus verweist sie darauf, dass die relativistische Diskursposition oft mit einer bestimmten Verortung in der globalen politischen Ökonomie zusammenhänge, dass sie nämlich oft von autoritären Eliten peripherer Staaten mit der Notwendigkeit ökonomischer Entwicklungsprozesse verbunden werde. Eine postkoloniale Position zur Frage der Menschenrechte hingegen müsse die Verbindungen von Macht und Wissen aufdecken, transkulturell und kontextspezifisch sein – die Ausführungen bleiben leider unerfreulich vage. Denn sie lassen einerseits eine universalistische Position, die universelle Menschenrechte diskursethisch als Produkt einer (fiktiven) herrschaftsfreien Diskussion über kulturelle Grenzen hinweg versteht, wie auch andererseits eine kulturellrelativistische, die Kultur und Menschenrechtsvorstellungen konstruktivistisch definiert und sich so einer Instrumentalisierung für autoritäre Zwecke entzieht, außer Acht. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass solche Positionen in den untersuchten Diskursen zur Kinderarbeit nicht anzutreffen waren. Die detaillierten empirischen Bezüge machen die theoretischen Unstimmigkeiten wieder wett. In ihnen wird erneut die Ausgrenzung der Handlungsfähigkeit und Wissensproduktion postkolonialer Subjekte belegt: Die Erfolge im Kampf gegen Kinderarbeit werden nicht dem Aktivismus der Betroffenen, sondern in herrschenden Debatten i.d.R. westlichen Nichtregierungsorganisationen zugeschrieben.

Sheila Nair schließlich diskutiert die Frage der Menschenrechte am Beispiel der Repräsentation Burmas. Sie beschränkt sich nicht darauf, die Verbindungen zwischen der Kolonialzeit und der Militärdiktatur, die mit zweierlei Maß messende Menschenrechts- und Embargopolitik der westlichen Staaten und die rege Kooperation ausländischer Konzerne mit dem Regime darzustellen, sondern arbeitet auch den Orientalismus des dominanten Menschenrechtsdiskurses heraus, der die Repressionen auf einen traditionellen kulturell verwurzelten Despotismus zurückführt. Dass trotz großer medialer Aufmerksamkeit die Menschenrechtslage in Burma unverändert ist, erklärt sie v.a. mit den ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen mächtiger Staaten, die nicht so gelagert seien, dass sie zu einer Überschreitung des im internationalen System zwar leicht angeschlagenen, aber immer noch dominanten Souveränitätsprinzips führten. Diese Erklärung bleibe jedoch dem liberalen Menschenrechtsdiskurs aufgrund seiner Blindheit gegenüber Machtverhältnissen unzugänglich. Fasst man allerdings z.B. *Amnesty International* als wichtigen Vertreter dieses Diskurses auf, kann diese These nicht ganz überzeugen: Trotz der liberalen („unparteilichen“) Ausrichtung der Organisation kritisiert sie oft die Unterordnung der Menschenrechtspolitik unter jene Interessen, geht dabei aber davon aus, die Regierungen durch Überzeugungsarbeit und öffentlichen Protest zu

einer Kursänderung bringen zu können. Die hier vorgelegte Sicht unterscheidet sich also primär durch die Behauptung einer *notwendigen*, strukturellen Unterordnung der Menschenrechtspolitik unter ökonomische und sicherheitspolitische Interessen und die historische Verortung des Diskurses als Instrument einer imperialen und von kolonialen Stereotypen geprägten Politik.

Insgesamt kann die überwiegende Zahl der Beiträge des Bandes die Forderung nach der mehrdimensionalen Erfassung von Macht- und Unterdrückungsverhältnissen weitgehend erfüllen. Die Kombination von diskursanalytischen und politökonomischen Methoden gelingt hingegen nur wenigen, und auch die Auseinandersetzung mit der Disziplin der IB findet nur in einigen Texten und dort auch nicht sehr tiefgehend statt.

Diese Auseinandersetzung ist in *L.H.M. Lings* Monographie *Postcolonial International Relations*, die primär auf bereits veröffentlichten Zeitschriftenaufsätzen beruht, um Einiges gründlicher. Sie identifiziert die zentralen Annahmen des vorherrschenden neorealistischen Paradigmas in den IB: Internationale Politik ist definiert durch eine Vielzahl von isolierten, funktional identischen, staatlichen Einheiten, deren Identität gegeben und unveränderlich ist und deren rationales Verhalten prinzipiell an Machterhalt und -ausweitung auf der Grundlage materieller Interessen ausgerichtet ist (44f). Sie referiert die von alternativen Ansätzen der IB berechtigterweise geübte Kritik an diesen Annahmen und konstatiert eine implizite Dichotomie im Neorealismus: hier ein rationales, aufgeklärtes, universalistisches, fortschrittliches, westliches, maskulines Selbst, ein tapferer Prinz, der (dort) das feminisierte Andere durch seinen Kuss (Kapital, Technologie, Demokratie oder Zivilisation) aus dem rückständigen Dornröschenschlaf erlöst – eine bestechende Charakterisierung kolonialer Vorstellungen der Nord-Süd-Beziehungen. Allerdings ist auch Ling mit den verbreiteten kritischen Ansätzen der IB (wiederum: gramscianische, postmoderne und feministische) nicht zufrieden: Die postmodernen beschränkten sich auf Dekonstruktion, anstatt ein alternatives, problemorientiertes Paradigma zu entwerfen; die feministischen böten zwar z.T. alternative Epistemologien und Rationalitäten, reflektierten jedoch selten die (auch innerfeministischen) Machtverhältnisse und Konfliktlinien entlang von „Rassen“, kulturellen und Klassendifferenzen, und diejenigen, die es doch täten (klassisches Beispiel: Mohanty 1987), vernachlässigten demgegenüber meist die Kritik an der hegemonialen Weltordnung des liberalen Kapitalismus (sic). Dieser widmeten sich die gramscianischen Ansätze zwar ausführlich, gingen jedoch i.d.R. von einer bruchlosen Expansion westlicher Hegemonie in die nichtwestlichen Gesellschaften aus, ohne die vielfältigen Prozesse der Interaktion hinreichend zu berücksichtigen, und reproduzierten so ein eurozentrisches Weltbild. Alle drei Ansätze ignorierten darüber hinaus koloniale Machtbeziehungen weitgehend.

Notwendig sei demnach eine kohärente Theorie, die emanzipatorisches Erkenntnisinteresse und alternative Methodologie vereine und die diagnostizierten Mängel bisheriger kritischer Ansätze vermeide. Glücklicherweise hat die Autorin da etwas im Angebot: Postkoloniale IB auf der Grundlage einer konstruktivistischen Methodologie im Anschluss an Nicholas Onuf (1989) und einer postkolonialen Interpretation globaler politischer Beziehungen. Ihr recht systematisches theoretisch-methodisches Modell wendet sie in den folgenden Kapiteln zwar unvollkommen, aber dennoch auf produktive Weise an. Ob sie die Analogien zwischen Globalisierungsdiskursen und den Krimis um den orientalischen Superschurken Dr. Fu Manchu herausarbeitet, die Beziehungen des Selbst bei Thucydides, Machiavelli und Hobbes zum „Anderen“ des westlichen Mannes in Form der Natur/des Schicksals/der Frau untersucht, dieselben kolonialen Motive im satirischen Theaterstück *M. Butterfly* aufzeigt oder die rassistischen und sexistischen Stereotypen in der Werbung analysiert: Stets betont sie erstens die ambivalente Beziehung des Westens zum asiatischen Anderen, die einerseits von Angst und andererseits von Faszination, Verlangen und Eroberungsdrang gekennzeichnet ist, zweitens die Gender-Komponente dieser Beziehung und drittens die wechselseitige Konstituierung und Beeinflussung der beiden Pole, die bisweilen in identitätsverändernde Lernprozesse münde und jegliche glatte Dichotomie („wir“ gegen „die“) als an der Realität vorbeigehend zeige.

Die politökonomischen Aspekte der Beziehung zwischen Westen und Asien diskutiert Ling v.a. in ihren Fallstudien zu den Prozessen nachholender Entwicklung in Japan, Südkorea und China. Sie konstatiert in unterschiedlichen Perioden vergleichbare Prozesse der Hypermaskulinisierung, einer aggressiven nationalistischen Modernisierung, die anti-koloniale Ressentiments mit einer gesellschaftlichen Umstrukturierung und einer verschärften Ausbeutung v.a. weiblicher Arbeitskraft verband. Dabei verschmolzen konfuzianische Konzepte gesellschaftlicher Steuerung durch postkoloniale Lernprozesse mit denen eines kapitalistisch-imperialen westlichen Systems.

Wirksame Gegenstrategien in Anbetracht dieser Hypermaskulinisierung verortet Ling folgerichtig nicht in einer Disziplinierung durch den aufgeklärten Westen, sondern lediglich in aus den Gesellschaften selbst kommenden Prozessen: Ling propagiert hier einen Diskurs des „maternalized dissent“ (227f) und den Aufbau von globalen v.a. feministischen Bündnissen, die strategisch Gemeinsamkeiten statt Differenzen betonen. Als zentral sieht sie dabei die Auflösung der Grenzziehung zwischen Selbst und Anderem sowie der Exklusivität maskuliner und femininer Subjektivität an. Dementsprechend sieht sie auch die Möglichkeit einer postkolonialen Reformulierung neorealistischer IB-Theorie in einem Hybridmodell.

Dies sieht *Branwen Gruffydd Jones*, die Herausgeberin von *Decolonizing International Relations*, als genau den falschen Weg an. Die Disziplin der IB wird von ihr letztlich als durch und durch eurozentrisches und imperiales Unterfangen betrachtet, das nicht durch postkoloniale Farbtupfer aufzuhübschen, sondern fundamental zu kritisieren sei. Hauptgrund dafür ist, dass „IB-Theorie die gegenwärtige Weltordnung als wesentlich postkolonial“ misrepräsentiere. Aber: „Imperialismus besteht in neokolonialen Formen weiter, wir leben tatsächlich nicht in einer postkolonialen Welt“ (7). Die blinden Flecken der IB im Hinblick auf imperiale Praktiken sieht sie als konstitutiv für die Disziplin an, und die versammelten Beiträge als Versuche nicht-kolonialer Wissensproduktion über internationale Beziehungen. Trotz dieser begrifflichen Abgrenzung und der stark positivistischen Akzentuierung unterscheidet sich die Herangehensweise der einzelnen Beiträge kaum von dem, was üblicherweise (und auch in den anderen beiden Büchern) als postkolonial bezeichnet wird.

Um den imperialen Charakter (der Terminus wird so gut wie nicht definiert) der IB herauszuarbeiten, genügt es jedoch nicht wie *Julian Saurin* auf die Dominanz von WissenschaftlerInnen, Zeitschriften und Theorien westlicher Herkunft zu verweisen. Es finden sich genügend Verteidiger der herrschenden Weltordnung, die peripherer Provenienz sind, und diese sind im Umkehrschluss auch kein Beweis für ihren nicht-imperialen Charakter. Dennoch ist seine These, dass die postkoloniale Wissensökonomie der imperialen hoffnungslos unterlegen sei und es bei der Dekolonisierung der IB nicht um alternative Geschichtsschreibung, sondern um eine „politische Schlacht um das Eigentum an Mitteln zur Produktion von Erinnerung und um die Definition von Fortschritt“ (37) gehen müsse, nicht abwegig. Allerdings bleibt vage, wie die geforderte Aneignung der Wissensproduktionsmittel durch die Entrechteten genau aussehen soll.

Dagegen illustriert der Beitrag von *Sandra Halperin* zu den Gründungsmythen der europäischen Neuzeit, dass eine alternative Geschichtsschreibung durchaus dekolonisierend wirken kann. Dass die These der Kugelform der Erde von muslimischen Gelehrten lange vor der „Entdeckung“ Amerikas vertreten wurde; dass die europäische Aufklärung und zahlreiche Erfindungen ohne islamische Einflüsse kaum vorstellbar sind; dass die bürgerlichen Revolutionen primär von aristokratischen Elementen getragen wurden; dass die industrielle Revolution massive strukturelle Heterogenität und keinesfalls breiten Wohlstand bewirkte; dass die europäischen Demokratien vor 1945 allenfalls egalitäre Oligarchien waren – diese und andere kontroverse Thesen sind in den Geschichtsbüchern des Nordens kaum auffindbar, und sie würden die Hegemonie westlichen Überlegenheitsdenkens wirksam unterminieren und wichtige Beiträge zur „Provinzialisierung Europas“ liefern.

Eine solche stellt laut *Mustapha Kamal Pasha* den ersten notwendigen Schritt zur Etablierung einer Gegenhegemonie dar. Sein Beitrag untersucht die Angst vor dem Islam als das Andere des Westens und die zwar im Liberalismus angelegte, aber nach dem 11. September 2001 verstärkte auftretende „Versicherheitslichung“. Wie auch Ling in ihrer Monographie das Abstrahieren von gesellschaftlichen Kontexten in spieltheoretischen Modellen als Grundprinzip der (neorealistischen) IB kritisiert, so wendet sich auch *Sankaran Krishna* gegen diesen Mechanismus. Sein Argument ist, dass die Abstraktion von historischen Gegebenheiten in den IB (zusammen mit dem Prinzip der Souveränität als konstitutiver Bestandteil) es erlaube, die Zeit zwischen Wiener Kongress und Erstem Weltkrieg trotz zahlreicher Kriege als „Jahrhundert des Friedens“ zu bezeichnen, und dass sie die Interpretation der historischen Prozesse der europäischen Neuzeit als Manifestation universeller Evolutionsgesetze ermögliche. Dies wiederum, so ließe sich ergänzen, war grundlegende Voraussetzung für den im 20. Jahrhundert so wirkungsmächtig werdenden Entwicklungsdiskurs.

Anthony Anghie deutet in diesem Kontext den *Good-Governance*-Diskurs (abstrahierend!) als historisch wiederkehrenden Versuch der Etablierung bestimmter Prinzipien und Institutionen in der nicht-europäischen Welt, die in den „fortgeschrittenen“ Ländern bereits perfektioniert und zur Erlangung von „Fortschritt“ unabdingbar seien. Es gehört nicht viel dazu, in *Good-Governance*-Auflagen gewisse koloniale Kontinuitäten zu entdecken, spannend wäre hingegen, die Diskontinuitäten und ihre Ursachen herauszuarbeiten, doch so weit kommt es leider nicht. *James Thuo Gathii* zeigt die internationalem Recht entgegenstehende Konfiszierung privaten Eigentums im Irakkrieg 2003 durch die USA als Teil einer langen Geschichte der ungleichen Anwendung von internationalem Recht in kolonialen und imperialen Kontexten auf. Der Beitrag von *Alison Ayers* versucht den Geist von Hegel (mit seinem unseligen Diktum von den „Völkern ohne Geschichte“) ebenso auszutreiben wie die Verknüpfung zwischen den Begriffen „Demokratie“ und „Europa“ aufzulösen, indem er sich mit segmentären politischen Systemen im Afrika des 19. Jahrhunderts auseinandersetzt. In einem weiteren Versuch alternativer Geschichtsschreibung porträtiert *B.S. Chimni* Leben und Werk des indischen Philosophen Sri Aurobindo und referiert ziemlich unkritisch dessen eher fragwürdigen Vorstellungen einer primär spirituellen menschheitsgeschichtlichen Evolution hin zur perfekten Ordnung der Welt.

Auf die Suche nach Elementen eines postkolonialen, universalistischen Menschenrechtsdiskurses begibt sich *Siba Grovogui* und arbeitet dazu die Unterschiede zwischen der Revolution in Haiti und denen in Frankreich und den USA um 1800 heraus, v.a. hinsichtlich der Inklusion von Frauen und Sklaven sowie hinsichtlich sozialer und wirtschaftlicher Rechte. Im abschließenden Beitrag geht *B. Gruffydd Jones* noch einmal ausführlicher auf die Notwendigkeit ideologiekriti-

scher statt diskursanalytischer Methoden und positivistischer statt relativistischer Epistemologie sowie auf die imperialen Ungleichgewichte in der Wissensproduktion ein. Der Kampf gegen imperialistische Strukturen – so ihre Schlussfolgerung – ist dabei die Bedingung der Möglichkeit dekolonisierten Wissens (236).

Eine allgemeine und zusammenfassende Charakterisierung der postkolonialen Ansätze in den IB fällt angesichts gewisser Heterogenitäten innerhalb der drei Bücher nicht leicht. Dort, wo Gruffydd Jones in traditioneller Manier eine klare Konfliktlinie zwischen Unterdrückern und Unterdrückten ausmacht, zwischen Nord und Süd, sieht Ling eher Prozesse der Interaktion und der wechselseitigen Prägung. Wo einige Texte komplett ohne einen Verweis auf Geschlechterverhältnisse auskommen, ist deren Analyse in anderen Beiträgen integraler Bestandteil. Wo einige ausgiebig mit der Suche nach Subjekten der Transformation befasst sind, kümmert das andere wenig. Und wo einige das Etikett „postkolonial“ annehmen oder gar propagieren, ist es für andere AutorInnen eher Anlass zur Abgrenzung.

Dennoch lassen sich folgende Gemeinsamkeiten der Ansätze ausmachen: Alle kritisieren universalistische und abstrakte Konzepte in den IB unter Verweis auf ihren spezifisch westlichen kulturellen Ursprung und damit verbunden ihre implizite Verallgemeinerung partikularer Erfahrungen einerseits und ihre Ausschlussmechanismen und daraus resultierenden Herrschaftsfunktionen im Nord-Süd-Verhältnis andererseits. Dabei deuten sie entsprechende Praktiken in der internationalen Politik als (neo-)kolonial bzw. imperial. Dies gelingt ihnen mit recht unterschiedlicher Stringenz, Systematik und Überzeugungskraft. Auffällig ist weiterhin, dass *Post-Development*- und ähnliche Ansätze (z.B. Escobar 1995; Apfel-Marglin & Marglin 1996) trotz beträchtlicher Übereinstimmungen nicht rezipiert werden. Ungeachtet aller Kritikpunkte lässt sich jedoch die folgende These aufstellen: Wenn die fraglichen theoretischen Ansätze es schaffen, mit Chowdhry und Nair mehrdimensionale Unterdrückungsverhältnisse und die Auswirkungen des Kolonialismus zu berücksichtigen sowie diskursive und politökonomische Analysen miteinander zu verknüpfen, sich dabei wie Ling auch intensiv mit dem *Mainstream* auseinandersetzen und kreative eigene Konzepte entwickeln und empirisch erden, und dabei mit Gruffydd Jones die elfte Feuerbach-These (MEW 3: 7) immer vor Augen haben, dann ist es letztendlich nachrangig, ob sie als post- oder antikolonial bezeichnet werden und ob sie die Disziplin der IB reformieren oder abschaffen wollen – dann haben sie eine auf Herrschaftskritik und Befreiung gerichtete Wissenschaft deutlich weiter gebracht.

Anmerkung

1 Einen guten Überblick geben Williams & Chrisman 1994; Loomba 1998; Young 2003.

Literatur

- Apffel-Marglin, Frédérique; Marglin, Stephen (Hg.) (1996): *Decolonizing Knowledge: From Development to Dialogue*. Tokio.
- Bhabha, Homi (1994): *The Location of Culture*. London.
- Castro Varela, Maria do Mar; Dhawan, Nikita (2005): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. Bielefeld.
- Chakrabarty, Dipesh (2002): „Europa provinzialisieren. Postkolonialität und die Kritik der Geschichte“. In: Conrad & Shanderia 2002, S. 283-312.
- Conrad, Sebastian; Randeria, Shalini (Hg.) (2002): *Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*. Frankfurt a.M.
- Darby, Philipp; Paolini, A.J. (1994): „Bridging International Relations and Postcolonialism“. In: *Alternatives*, Nr. 19, S. 371-397
- Escobar, Arturo (1995): *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*. Princeton.
- Loomba, Ania 1998: *Colonialism/Postcolonialism*. London.
- Marx, Karl (1983): „Thesen über Feuerbach“. In: MEW 3, Berlin (DDR), S. 5-7.
- Mohanty, Chandra Talpade (1987): „Under Western Eyes: Feminist Scholarship and Colonial Discourses“. In: Dies.; Russo, Ann; Torres, Lourdes M. (Hg.): *Third World Women and the Politics of Feminism*. Bloomington, S. 51-80.
- Onuf, Nicholas (1989): *World of Our Making*. Columbia.
- Steyerl, Hito; Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (Hg.) (2003): *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*. Münster.
- Williams, Patrick; Chrisman, Laura (Hg.) (1994): *Colonial Discourse and Post-Colonial Theory. A Reader*. New York.
- Young, Robert 2003: *Postcolonialism. A very short introduction*. Oxford.

Anschrift des Autors:

Aram Ziai

aram.z@gmx.net